

## 9. Zwei Seiten der selben Medaille

Für die Lösung der Koreafrage und die Bildung eines Sicherheitssystems in Nordostasien gilt die bundesdeutsche Weisheit bezüglich nationaler Wiedervereinigung und regionaler Integration: Beide Prozesse sind zwei Seiten derselben Medaille. Dabei liegt die Lösung der Koreafrage langfristig in der Wiedervereinigung der geteilten Nation, kurz- und mittelfristig in der Überwindung der Systemkonfrontation als Relikt des Kalten Krieges unter den Prämissen einer friedlichen Koexistenz. Wie gezeigt wurde, liegt der Schlüssel zum Lösungsweg sowohl in einer Neugestaltung des innerkoreanischen Dialogs als auch in der Transformation sicherheitspolitischer Strukturen in Nordostasien. Eine solche Umgestaltung der internationalen Beziehungen in der Region ist zudem kaum denkbar, ohne Folgewirkungen auf Ostasien bzw. die gesamte asiatisch-pazifische Region zu entfalten. Idealerweise könnte ein Friedenssicherungssystem in Nordostasien Modellcharakter für multilaterale Konfliktlösungsmechanismen und Vertrauensbildung für jene übergeordneten Ebenen entwickeln.

In dieser Arbeit ist das ARF als Haus bezeichnet worden, welches lediglich aus einem Dach besteht und welches durch spezifisch orientierte multilaterale Institutionen zur Friedenssicherung ergänzt werden muss. Ansätze, die asiatisch-pazifische Region in sicherheitspolitisch relevante Unterregionen einzuteilen, leisten – wie erwähnt – einen wichtigen Beitrag hinsichtlich einer überregionalen stabilen Sicherheitsarchitektur. Durch diese *Regional Integration Projects* ist es den beteiligten Staaten einerseits möglich, bestehende Konflikte möglichst kleinräumig zu behandeln. Durch die Begrenzung der Teilnehmer auf diejenigen Akteure, die von dem Konflikt unmittelbar betroffen sind, dürfte zudem die Motivation zur Lösungsfindung besonders hoch sein. In Anbetracht der sich wandelnden gesellschaftlichen Paradigmen bietet sich eine Einbeziehung nichtstaatlicher, besser noch: suprastaatli-

cher zivilgesellschaftlicher Akteure in den Lösungsprozess an, die sowohl als Moderatoren, als auch als Anwälte gesellschaftlicher Interessen fungieren können.

Für die Bildung eines ostasiatischen Sicherheitssystems fällt der Region Nordostasien eine entscheidende und weichenstellende Rolle zu, da ein solches System alle regionalen und globalen nationalstaatlichen Schlüsselakteure vereinen würde. Zu nennen sind hier die USA, China und Japan, mit Abstrichen auch Russland, dessen politische Instabilität, gepaart mit seiner Position im UN-Sicherheitsrat, eine Miteinbeziehung des riesigen Landes weiterhin notwendig machen wird.

Die Frage schließt sich an, welchen Charakter ein nordostasiatisches Friedenssicherungssystem als *Regional Integration Project* einer ostasiatischen bzw. asiatisch-pazifischen Sicherheitsarchitektur annehmen müsste. In Anbetracht der Tatsache, dass die asiatischen Staaten weit entfernt von einer Gemeinschaft sind, ist die Etablierung eines kollektiven Sicherheitssystems Illusion. Entgegen amerikanischen Präferenzen für starke – bzw. hegemonial dominierte Bündnisstrukturen entsprechen z.B. Chinas Sicherheitspartnerschaft mit Russland oder seine Verteidigungsallianz mit dem ‚befreundeten‘ Nordkorea viel eher den asiatischen Vorstellungen von einer Balance zwischen eigener Souveränität und einem gemeinsamen Sicherheitsbedürfnis. Territorialkonflikte beispielsweise würden bilateral, die Probleme mit Waffenhandel oder ethnischen Spannungen könnten auf multilateraler Ebene gelöst werden – ausgedrückt durch den von Khil und Oh beschriebenen „*multi-bilateralen*“ Ansatz. Ein Friedenssicherungssystem in Nordostasien – und gleiches gilt danach wohl auch für Ostasien – müsste also die bestehenden Allianzen konzeptionell durch eine *balance of power* miteinbeziehen, was grundsätzlich der Idee der Gemeinsamen Sicherheit entspricht.

Der Blick auf die in Europa gesammelten Erfahrungen mit dem KSZE-Prozess offenbart auch für den asiatisch-pazifischen Raum wichtige Punkte, die eine stabile Frieden-

sordnung ein gutes Stück voran bringen können: Die in Europa gesammelten Erfahrungen des *institution-building* über das Instrument der KSZE/ OSZE könnten, auf den äußerst schwerfällig voranschreitenden Prozess in Asien angewandt, einen beschleunigenden Effekt haben. Bislang separat ablaufende Diskussionsprozesse hinsichtlich ökonomischer, politischer, (zivil-) gesellschaftlicher und militärischer Kooperation könnten nach europäischen Anregungen enger miteinander verzahnt und institutionell stärker ausgebaut werden.

Die in Europa gesammelten Erfahrungen mit dem KSZE-Prozess bergen einen weiteren wesentlichen Aspekt, der, auf die politische Realität in Nordostasien übertragen, für die Region von Nutzen sein kann: Mit dem zunehmenden Abbau der militärischen Konfrontation am Eisernen Vorhang wurde auch der Emanzipationsprozess der ‚Verbündeten‘ von ihren jeweiligen Hegemonialmächten, USA und Sowjetunion, vorangebracht. Für (Nord-) Ostasien bedeutet dies – in weitgehender Abwesenheit hegemonialer Bestrebungen Chinas und hegemonialem Vermögen Russlands – eine Chance für eine stärkere außen- und sicherheitspolitische Eigenständigkeit Japans und Südkoreas bezüglich der Hegemonialmacht USA. Die in dieser Arbeit herangezogene Umfrage in den USA zeigt, dass ein solcher Schritt (zumindest bezüglich Japan, Umfragen hinsichtlich Korea liegen bis dato nicht vor) von der amerikanischen Gesellschaft durchaus getragen würde. Andererseits muss jedoch auch ein hegemoniales Machtvakuum vermieden werden, welches die Halbinsel in der Vergangenheit allzu oft mit Krieg überzogen hat. Dabei steht der (vorläufig?) letzte Krieg 1950 bis 1953 in einer gewaltsamen Tradition von blutigen Auseinandersetzungen zwischen Japan, China und Russland, die seit dem 19. Jahrhundert über Korea hinwegziehen. Um aber Frieden, Stabilität und Prosperität für die Region garantierende Strukturen zu errichten, ist eine Machttransformation weg von den waffenstrotzenden Militärkontingenten hin zu einem auf Stärkung der Zivilgesellschaften und regionaler Ökonomie, kultureller Interaktion und der Ausbil-

dung von Gemeinsamkeiten zielenden Multilateralismus erforderlich.

Die multilaterale Lösung der Koreafrage wird eine veränderte Rolle der beiden koreanischen Staaten erfordern. Ihre Position im internationalen Machtgefüge würde gestärkt werden, da von ihnen entscheidende Handlungsimpulse erwartet würden und ausgehen müssen. Ob es mittel- bis langfristig zu einer „Fünften Macht“ eines geeinten Koreas kommen wird, wie vereinzelt behauptet wird<sup>269</sup>, sei dahingestellt. Plausibel jedoch erscheint die Aussage Lhees (2000:4):

*„Korea is believed to be too weak to participate as an actor in the Northeast Asian international relations, and this belief tend to justify contentions for hegemonism in the region. (...) The international relations in this region can hardly escape from hegemonic power struggle als long as the Korean peninsula remains weak.“*

Die multilateralen Gespräche – momentan in einer festgefahrenen Situation – müssten auf einen parallel stattfindenden innerkoreanischen Dialog erweitert werden. Die auf dem Gipfeltreffen der beiden koreanischen Staatschefs vereinbarten CBMs, angefangen bei humanitärer Unterstützung der notleidenden Bevölkerung im Nordteil über Familienzusammenführung bis hin zu Reiseerleichterungen könnten durch weitere Maßnahmen, bspw. der schrittweisen Abschaffung der Nationalen Sicherheitsgesetzgebung<sup>270</sup>, in beiden Staaten erweitert werden. Die Auseinandersetzung mit dem entfremdeten Bruder jenseits ideologischer Rhetorik und strategischer Agitation – so idealistisch es klingt – hätte einen großen Einfluss auf die multilateralen Gespräche zur Lösung der Koreafrage. Doch solange die beiden koreanischen Staaten einander zuwiderlaufende Vorstellungen propagieren, ob zunächst mit militäri-

---

<sup>269</sup> Vgl. etwa Lhee 2000

<sup>270</sup> Dieser Gedanke bezieht sich konkret auf die Nationalen Sicherheitsgesetze in Südkorea sowie auf den Strafrechtskatalog Nordkoreas, der eine Reihe von staatsfeindlichen Aktivitäten aufzählt, die nach internationalem Rechtsverständnis grundlegende Bürgerrechte darstellen.

schen Entspannungsmaßnahmen oder einem innerkoreanischen Dialog begonnen werden sollte, bleibt die Front verhärtet.

Ein realitätsnaher Transformationsweg Nordostasiens muss zudem die vitalen Interessen der USA in der Region miteinbeziehen. In einem auf dem Pfad der Wiedervereinigung befindlichen Korea müssten die USA eine stabile Konstruktion erkennen, die es ihnen erlaubt, ihren regionalen Aktionsradius beizubehalten bzw. sogar auszudehnen. Eine Herauslösung Südkoreas aus dem amerikanischen Bündnissystem ist kaum zu erwarten und könnte höchstens durch ein überregionales kollektives Sicherheitssystem erreicht werden. Davon jedoch ist die Region noch weit entfernt – mit Ausnahme Russlands, das darin seine Chance sieht, regionalen Einfluss zurückzuerlangen zu können. Jedoch ist Russland, ähnlich wie Japan, ein für Ostasien sicherheitspolitisch verhältnismäßig bedeutungsarmer Akteur – im Gegensatz zu den USA und China. Letztgenannte Länder wiederum versuchen ihren Einflussbereich zu vergrößern, ohne eine ernsthafte Konfrontation zu riskieren. Der politische Annäherungsprozess der beiden Mächte wird in der Koreafrage auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Die Lösung der Koreafrage kann nur gelingen, wenn neben den USA auch China seine Interessen gewahrt sieht.

Die größte Herausforderung für diesen Prozess liegt unterdessen in dem Verhältnis zwischen den USA und Nordkorea. Während China seine Beziehungen mit dem Süden und dem Norden ausgewogen zu gestalten versucht, besteht im Verhältnis der USA zu den beiden koreanischen Staaten ein Ungleichgewicht, wie es drastischer kaum ausfallen könnte. Während der Süden sich – selbst was die Umsetzung innerkoreanischer Abkommen betrifft – an der ‚Leine‘ der USA geführt sieht, alternierte das Verhältnis zwischen Nordkorea und den USA lange Zeit zwischen kalter und heißer Konfrontation. Erst das Genfer Abkommen hat den USA die Grenzen ihrer Möglichkeiten aufgezeigt und ein entscheidendes Signal hinsichtlich einer Überwindung der Anfeindungspolitik gegeben. Mit dem umfassenden Fahrplan zur Umsetzung des Abkom-

mens liegt ein strukturelles Kooperationskonzept vor, welches eine Vielzahl von Möglichkeiten böte – würde es konsequent umgesetzt. Dennoch wird es weithin als wesentlicher Schritt zur Lösung der Koreafrage interpretiert.

Ungleich bedeutender sind jedoch die in jenem Abkommen bereits vereinbarten und nun in die Tat umgesetzten Schritte einer weitgehenden Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen sowie der Verzicht Nordkoreas auf weitere Raketentests. Die Hoffnung, die mit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern verknüpft sind, gehen sogar soweit, dass nordkoreanische Militärs öffentlich über Szenarien zum Verbleib der US-Armee in einem Übergangsregime auf dem Weg zur nationalen Einheit nachdenken.

*„Several years ago North Koreans began telling Americans privately that U.S. troops should stay in the South to help Koreans deal with a strong Japan and a rising China, but also to protect the DPRK against absorption by the South. (...) During the June 2000 summit, Kim Jong Il said essentially the same thing directly to Kim Dae Jung. This dramatic shift is the key toward understanding how the on-going reconciliation and diplomacy might finally dissolve the extraordinary tensions that have inhabited Korea for half a century.“ (Cumings 2000:21)*

Ein solches Modell kann durchaus Teil einer denkbaren Lösung des Konfliktes darstellen, bei der alle Seiten gewinnen könnten.

In der Zielsetzung nordkoreanischer Außenpolitik nimmt, neben der Normalisierung der Beziehungen zu den USA, auch die Normalisierung des Verhältnisses zu Japan einen wichtigen Stellenwert ein. Von einer solchen neuen Basis der Beziehungen verspricht sich das Land Investitionen und umfangreichere Handelsbeziehungen. Allerdings halten auch in diesem Fall die USA den Schlüssel in der Hand. Während eine Voraussetzung für normalisierte Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea mittlerweile gegeben ist: die Aufhebung der Wirtschafts- und Handelssanktionen seitens der USA, verbleibt eine zweite Voraussetzung im Reich der Wünsche für kommende Zeiten: die Normalisierung des Verhältnis zwi-

schen Japan und Nordkorea. Der Umstand, dass Japan nicht in die Vierparteiengespräche zur Lösung der Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel involviert ist, zeigt – zumindest in diesem Fall – dessen außenpolitische Abhängigkeit von den USA.

Trotz der bedeutenden Rolle, die den USA bei der Lösung der Koreafrage zukommt, sind ihre Handlungsmöglichkeiten bei der Bildung multilateraler Sicherheitsinstitutionen beschränkt. Dies liegt zum einen an der starken Betonung der bestehenden Bündnisstrukturen von Seiten der USA, zum anderen an der – wenn überhaupt – nur schwach vorhandenen asiatischen Identität, die durch bestehende Bündnisstrukturen und die faktische Abwesenheit funktionsfähiger multilateraler Konfliktlösungsmechanismen auch nur schwerlich entstehen kann.

*„ Clintons Eintreten für eine stärker institutionalisierte Pazifische Gemeinschaft nach europäischem Vorbild stieß vor allem deshalb auf höfliche Zurückhaltung, weil die asiatischen Nationen sich selber nicht als Gemeinschaft sehen: Sie wollen keine institutionelle Verankerung, die den potentiellen asiatischen Supermächten – oder gar den USA – ein ernstzunehmendes Mitspracherecht in ihren Belangen einräumen könnte“, (Kissinger 1994:921)*

resümiert der ehemalige US-Außenminister. Ist die von Clinton angestrebte *New Pacific Community* eine Illusion? Es gibt – wie gesehen – entgegen der „höflichen“ Zurückhaltung, die Kissinger etwas pauschal beschreibt, einige vielversprechende Ansätze für einen multilateralen Dialog in Ostasien, die sich bei konsequenter Entwicklung ihrer institutionellen Strukturen in Zukunft zu einem handlungsfähigen Friedenssicherungssystem ausweiten könnten. Der rasante Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung und gemeinsame Wirtschaftsinteressen haben bereits mit APEC und ASEAN zu funktionsfähigen Strukturen geführt. Da wirtschaftspolitische Interessen der Staaten zunehmend Einfluss auf ihre Sicherheitspolitik gewinnen, liegt hier eine echte Chance für die Erkenntnis auch gemeinsam geteilter Sicherheitsinteressen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für ein multilaterales Friedenssicherungssystem ist die innere Stabilität seiner Teilnehmer. Darum kann es nicht im Interesse der anderen Nationen liegen, einen notwendigen Teilnehmer eines Sicherheitssystems – Nordkorea – innenpolitisch zu destabilisieren. Anders als im Falle Russlands, durch dessen gigantische Größe und schwer durchschaubares Geflecht von Akteuren und Bedingungen das Land nur begrenzt von außen beeinflussbar bleibt, bietet die innenpolitisch stabile Lage in Nordkorea gute Chancen zur Integration in ein gemeinsames Sicherheitsgebilde.

*„This is not only for the benefit of North Korea. It goes far beyond that because, to provide North Korea with a peaceful international environment, these countries must enhance their own security in this region by establishing peaceful relations among themselves.“ (Sakamoto 2000:13)*

Eine zudem wichtige Grundlage für ein Funktionieren solcher Strukturen liegt in der Verbreitung der demokratisch-pluralistischen Idee innerhalb der asiatisch-pazifischen Gesellschaften, wovon diese jedoch häufig noch weit entfernt sind. In dieser Hinsicht sind zwar die südkoreanischen Fortschritte, wie erwähnt, signifikant, ihr gesellschaftliches Fundament und systemische Verankerung hinsichtlich ihrer Unumkehrbarkeit ist allerdings bislang noch dünn.

Mit der Etablierung des parlamentarischen Demokratie-modells und einer zunehmend offener gestalteten Diskussion über Schuld und Machtmissbrauch innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft scheint ein hoffnungsvoller Prozess in Gang gesetzt, der die nach wie vor bestehenden ideologischen Barrieren überwinden kann. Eine fortschreitende Demokratisierung Südkoreas erhöht das Maß der erreichbaren Unabhängigkeit, das Vertrauen in die eigene politische Kraft und eröffnet damit die Chance zur Annäherung der beiden koreanischen Staaten.

In der Vergangenheit haben die USA als Partner Südkoreas nur äußerst selten Anstrengungen unternommen, eine Annäherung der beiden koreanischen Staaten zu unterstützen. In-



re auf den Süden Koreas ausgeübte militärische Dominanz, welche Teilbereiche der südkoreanischen Politik bis heute in schwankendem Maße entmündigt, muss von einem restlos selbstbestimmten politischen System in Südkorea abgelöst werden. Dazu gehört unbedingt eine souveräne ‚Nordpolitik‘, die mehr ist als ein von US-amerikanischen Gnaden gewährtes und schön klingendes Etikett „Sonnenscheinpolitik“, nämlich unabhängig von äußeren Erwartungen formulierte Leitlinien innerkoreanischer Annäherung einer emanzipierten Gesellschaft.

Für den von Südkorea beschrittenen Weg der Demokratisierung des Landes muss die Formulierung und Umsetzung einer solchen ‚Nordpolitik‘ ein nächstes Etappenziel sein, um der durch die Symbolik des Gipfeltreffens der beiden koreanischen Staatsführer zum Ausdruck gekommenen realpolitischen Notwendigkeiten Substanz zu verleihen – und als Aufforderung zur Diskussion innerhalb der erwachenden Zivilgesellschaft.

In die abschließenden Gedanken dieser Arbeit platzt die umstrittene Wahl von George W. Bush zum amerikanischen Präsidenten. Durchgesetzt hat sich damit der Kandidat, der sich für die unbedingte Errichtung des Nationalen Raketenabwehrprogramms NMD einsetzen will, ungeachtet der international bindenden Verträge, die ein solches Vorhaben ausschließen. Von dessen außenpolitischer Orientierung erwartet wird, einen US-amerikanischen Isolationismus und nationale Alleingänge zu betreiben. Dessen designierter Außenminister Colin Powell Generalstabschef im Zweiten Golfkrieg war, dessen Vize Dick Cheney als Wegbereiter der „Schurkenstaaten-Ideologie“ gilt<sup>271</sup> und dessen greiser Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld dieses Amt bereits unter Gerald Ford innehatte, nachdem er sich als NATO-Botschafter unter Richard Nixon einen bis heute anhaltenden Ruf als Kalter Krieger er-

---

<sup>271</sup> *“Cheney warned (1991) about the possibility that other nations, such as Iraq, Iran, and North Korea, would acquire nuclear components after the Soviet collapse.”*In: [http://www.defenselink.mil/specials/secdef\\_histories/bios/cheney.htm](http://www.defenselink.mil/specials/secdef_histories/bios/cheney.htm)

worben hatte.<sup>272</sup> Folgerichtig stellt Bush eine deutliche Erhöhung des US-amerikanischen Verteidigungsbudgets in Aussicht, die schon allein deshalb notwendig werden wird, um trotz der astronomischen Entwicklungskosten der bislang unausgereiften Raketenabwehrtechnologie<sup>273</sup> einen Ausbau des Militärpotentials betreiben zu können. Japan, als einziges Land Unterstützer der Pläne zur Weiterentwicklung einer Technologie zur Raketenabwehr, freut sich über weitergehende Aufträge an die nationalen High-Tech-Unternehmen.

Auf der anderen Seite mag der Umstand für die kommende Amtszeit Bush jun. Bedeutung erlangen, dass der für die aktuelle Koreapolitik der USA wesentliche *Perry-Report* von dem republikanischen ex-Verteidigungsminister unter Bush sen., William Perry, verfasst wurde. Ob jedoch ein Grundlagenabkommen zwischen Nordkorea und den USA bezüglich nordkoreanischer Raketentests und der Aushandlung eines Friedensvertrages zwischen den beteiligten Parteien, wie von Perry empfohlen, unter dem neuen Präsidenten zustande kommen wird, bleibt bis auf weiteres Spekulation. So bleibt der Weg zur Lösung der Koreafrage und zum Aufbau eines multilateralen Friedenssicherungssystems weiter voller Windungen und Schlaglöcher.

---

<sup>272</sup> Vgl. U.S. House of Representatives (Hg.) 1998

<sup>273</sup> Für die Umsetzung des NMD-Programms werden geschätzte 60 Milliarden US\$ benötigt, vgl. Harrison (2001:9).